Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 74. Abendblatt. Donnerstag, den 13. Februar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 12. Februar. Aus Dresden wird gemeldet, daß in Sachsen für die Nothleidenden in Ostpreußen bereits die Summe von 11,000 Thlr. aufgebracht worden ist. Auch hat in Dresden ein Ballfest zum Besten der Nothleidenden stattgefunden, an welchem der Kronprinz und der Prinz Georg Theil genommen haben. Die Stellung, welche der sächsische Hof bei diesem Anlaß eingenommen hat, wird in Preußen die größte Anerkennung finden und in Verbindung mit der Haltung der sächsischen Bevölkerung bei dieser Gelegenheit dazu angethan sein, die guten Beziehungen zwischen Preußen und Sachsen nur noch mehr zu befördern. — Von einigen Zeitungen wird die Nachricht festgehalten, daß von den süddeutschen Regierungen eine Beschwerde nach Berlin über die Haltung der preußischen Regierung den süddeutschen Wahl-Agitationen zum Zollparlament gegenüber gerichtet sein. Wir wiederholen, daß eine solche Beschwerde hier nicht eingegangen ist. Es liegt zu derselben auch kein Grund vor, da sich Preußen von jeder Agitation zur Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments fern hält. — Der Ministerpräsident Graf Bismarck befindet sich noch in Berlin. Er wird wahrscheinlich in einigen Tagen Berlin verlassen, um einer Einladung zur Jagd nach Schmalkalden zu folgen. — Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses geht einer Neubildung entgegen. Der Ministerpräsident Graf Bismarck hat nicht nur offen seinen Tadel gegen das Verhalten dieser Fraktion ausgesprochen, sondern auch die Erklärung abgegeben, den Verkehr mit dieser Fraktion entschieden so lange einzustellen, bis der bisherige Vorstand, an dessen Spitze der Minister a. D. von Bodelschwingh steht, geändert ist. Herr von Bodelschwingh war bekanntlich der Führer der konservativen Opposition des Abgeordnetenhauses gegen den hannoverschen Provinzialfonds. Wie man nun hört, wird die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses in nächster Zeit zu einer Neuwahl ihres Vorstandes schreiten. Es ist nicht unmöglich, daß sich eine Trennung derjenigen Elemente, die in der Opposition verharren wollen, von denjenigen vollzieht, welche der Regiernng ihre Unterstützung ferner leihen wollen. Die Regierung wird sich gefallen lassen, wenn sich eine äußerste Rechte bildet, die ja auch früher schon bestanden hat. Sie wird sich indessen einerseits frei von derselben erklären und andererseits auch nicht auf die Unterstützung derselben rechnen. Was das Herrenhaus betrifft, so sprechen die liberalen Blätter die Erwartung aus, daß sich in demselben die Opposition gegen den hannoverschen Provinzialfonds erneuern werde. Von konservativer Seite wird dem widersprochen. Gerade auch diese „Erwartung" der liberalen Blätter wird die Konservativen belehren, welchen Weg sie zu wählen haben. Im Herrenhause wird die Vorlage, den hannoverschen Provinzialfonds betreffend, nicht blos der Minister v. d. Heydt, als zeitiger Vorsitzender des Kabinets, sondern auch der Minister Graf Eulenburg vertreten, was Letzterer bereits auch im Abgeordnetenhause gethan haben würde, wenn er daran nicht durch Unwohlsein verhindert worden wäre. — Daneben werden die Versuche, die letzten Vorgänge und Alles was sich daran reiht, zum Skandalmachen zu benutzen, von einer unbedeutenden und in jeder Beziehung schlecht unterrichteten Clique von Korrespondenten in gewissen Zeitungen fortgesetzt. Viele Nachrichten dieser Korrespondenten werden sich dem aufmerksamen Leser selbst schon als unwahr herausgestellt haben und es mag daher hier nur wiederholt werden, daß die Vorgänge auf den Bestand der Regierung keinen Einfluß haben werden und daß die Beziehungen zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Bismark und dem Minister des Innern Graf Eulenburg die vertraulichsten sind, da gerade Graf Eulenburg dem Ministerpräsidenten von jeher die meiste Unterstützung und die meiste Hingebung bewiesen hat.

— Die Frau Oberin von Bethanien, Gräfin zu Stolberg-Wernigerode, hatte sich bekanntlich nach Rhein in Ostpreußen, wo der Typhus herrscht, begeben, um die mit ihr dorthin gegangenen Diakonissen bei der Einrichtung des Hospitals zu unterstützen. Sie ist schon dort unwohl geworden und liegt nach ihrer Rückkehr jetzt hier schwer krank darnieder. Auch in der letzten Nacht ist es ihr nicht gut gegangen.

— Dem Vernehmen nach sind zwischen Preußen und Hessen gegenwärtig Verhandlungen über Eisenbahn-Angelegenheiten im Gange. Seitens der großherz. hessischen Regierung ist beantragt: Preußen wolle für die in Darmstadt genehmigten Bahnen von Gießen nach Gelnhausen ebenfalls die Konzession ertheilen. Wie verlautet, hat die hiesige Regierung ihre Zustimmung zu diesen Bahnbauten davon abhängig gemacht, daß von hessischer Seite der Anlegung eines Schienenweges von Friedberg nach Hanau zugestimmt werde. Letztere Bahnlinie wäre namentlich für den Absatz der Ruhr-Kohlen nach Baiern von große Bedeutung, indem sie den Transportweg für diese Kohlen erheblich verkürzen würde.

— Ueber das weiter den hannöverschen Flüchtlingen bevorstehende Schicksal berichtet die „Ztg. f. Nordd.": Nachdem die Legionäre vertheilt und nach verschiedenen Orten internirt worden sind, wird an sie die Aufforderung ergehen, Frankreich zu verlassen. Das Eintreten in die Fremdenlegion ist ihnen unter der Motivirung, daß diese bereits vollständig komplett sei, einfach abgeschlagen worden. Es ist den Einzelnen zugleich bedeutet worden, daß sie am Besten thun würden, in ihr Vaterland zurückzukehren. Preußischerseits werden, wie man bestimmt aussprechen kann, diejenigen Personen, gegen welche nicht ganz spezielle Thatsachen vorliegen, nach ihrer Rückkehr in keiner Weise behelligt werden. Die französische Regierung hat durch Moustier mündlich ihr Verfahren in der ganzen Angelegenheit zur Kenntniß der preußischen Botschaft gebracht.

— Die braunschweigische Generaldirektion der Eisenbahnen macht bekannt, daß die für den 15. d. M. angekündigte Extrafahrt nach Wien (zur silbernen Hochzeit des Königs Georg) weder von Braunschweig noch von einer anderen braunschweigischen Station aus stattfindet.

— Die Opposition eines dissentirenden Theiles der Konservativen scheint bereits bei ruhiger Ueberlegung ihre Schärfe verloren zu haben, wenigstens gilt es als ausgemacht, daß das Herrenhaus den Kardorff'schen Vermittelungsantrag durch Beschlußnahme sich zu eigen machen werde. Auch die Tage des Herrn v. Bodelschwingh als Haupt der konservativen Fraktion, dem man den Vorwurf macht, Leiter und Organisator der Opposition im Abgeordnetenhause gewesen zu sein, sind bereits gezählt. Die Fraktion bereitet eine Neuwahl ihres Vorstandes vor, aus der gemäßigtere Mitglieder hervorgehen werden.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." sowohl, wie die „Krzztg." beschäftigen sich heute mit den hannoverschen Emigranten in Frankreich und tadeln stark das bei dieser Angelegenheit Seitens der österreichischen Regierung beobachtete Verfahren. Nach der „Kreuz-Ztg." soll nämlich der Minister des Innern, als ihm der „Einbruch" der Emigranten durch den Telegraphen gemeldet wurde, aus Paris an den Präfekten von Straßburg den Befehl gegeben haben, die Hannoveraner der Protektion der französischen Regierung zu vergewissern. Das klingt freilich ganz anders, als die Darstellung der Verhältnisse bisher lautete. Herr v. Beust wird angeklagt, die Verlegung der Winterquartiere der Hannoveraner aus der Schweiz nach Frankreich durch die Verleihung von österreichischen Pässen an die Mannschaften unterstützt zu haben. Das Verfahren, den Leuten die Pässe in einem fremden Lande von Rechtswegen zukommen zu lassen, das überschreitet die Vorstellung der „Krzztg." von den Pflichten eines befreundeten Staates. Die „Krzztg." schließt ihren Artikel mit folgenden Worten: „Die Hannoveraner in Frankreich sind durch dieses Verfahren unter den Schutz des österreichischen Botschafters Fürsten Metternich gestellt. Das sind unnatürliche Verhältnisse, auf deren Beseitigung der österreichische Reichskanzler bedacht sein muß."

— Für die zur Zeit in Angriff genommenen Fortsetzungsbauten der Befestigung von Königsberg i. Pr. sind seitens der Militär-Verwaltung 300,000 Thlr. Baugelder angewiesen. Unter der oberen Leitung des Oberst-Lieutenants Klotz sollen die Arbeiten bis zum Beginn des nächsten Winters ununterbrochen fortgesetzt werden.

Berlin, 12. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 47. Sitzung. Der Präsident eröffnet die Sitzung nach 10½ Uhr. Am Ministertische: Frhr. v. d. Heydt und mehrere Regierungs-Kommissare; später Graf zu Eulenburg. — Präsident v. Forckenbeck theilt dem Hause mit, daß die drei Präsidenten des Hauses gestern Sr. K. H. dem Kronprinzen die Glückwünsche zu der Geburt eines Sohnes dargebracht haben. Se. K. H. der Kronprinz habe diese Glückwünsche huldreich entgegengenommen und ihm den Auftrag ertheilt, seinen Dank dem Hause auszusprechen. — Ein soeben eingegangener Gesetzentwurf, betr. die Linderung des Nothstandes in Ostpreußen, beantragt vom Abg. v. Hennig, wird einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung zugewiesen. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberathung über den Antrag des Abg. Dr. Kosch: „Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die zur Beseitigung des Nothstandes in Ostpreußen nach dem Gesetze vom 23. Dezember 1867 errichteten Darlehnskassen mittels weiterer Ausgabe von Darlehnskassenscheinen in den Stand gesetzt werden, auch den Handwerkern und sonstigen Gewerbtreibenden der Bezirks-Distrikte Königsberg und Gumbinnen Darlehne gegen Hinterlegung von Waaren, Bodenerzeugnissen und Fabrikaten zu gewähren." — Der Antrag des Referenten Abg. Graf Renard geht dahin, dem Antrage Folge zu geben. Ein Abänderungs-Antrag des Abg. v. Thokarski wünscht diese Kassen auch auf die Regierungs-Bezirke Danzig und Marienwerder auszudehnen. Referent Graf Renard befürwortet warm den Antrag, der nur eine Erweiterung der schon bestehenden Kassen wolle. In Stadt und Land sei die Hülflosigkeit gleich groß, darum müßten die Darlehne auch auf die Städte ausgedehnt werden, ohne sich durch einen Verlust abschrecken zu lassen. Der bedauerliche Eindruck der unklaren Antwort des Finanzministers an eine Vereinigung von Mitgliedern beider Häuser, so wie die vielen Petitionen aus der Provinz von Seiten des Handwerkerstandes, ließen es beklagen, daß von manchen Seiten politisches Kapital aus dem Nothstande gemacht werde. Eben so traurig sei es, wenn bei Vertheilung der Liebesgaben politische Rücksichten maßgebend gewesen. Aller Aufgabe sei die Abhülfe der Noth, darum empfehle er vorliegenden Antrag der allseitigen Zustimmung. (Allseitiger Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Der Herr Referent habe über die Konferenz, die er mit den Abgeordneten aus Ostpreußen gehabt, falsch berichtet. Er habe diesen Herren gesagt, daß die Verhältnisse jetzt ganz andere seien, als in den Jahren 1848 und 1866. Im Jahre 1848 war die Bank in der Ausgabe ihrer Noten sehr beschänkt und ganz außer Stande gewesen, den Anforderungen an sie zu genügen. Im Jahre 1866 war das Geld vollständig verschwunden; es konnten weder Staatspapiere noch andere Papiere Geld finden; der Zinsfuß für Lombard war 9½ Prozent. Damals habe die Errichtung der Darlehnskassen außerordentlich nützlich gewirkt. Sobald die Darlehnskassen in Wirksamkeit getreten waren, erschien auch anderes Geld. Es sei jedoch nur in geringerem Maße von den Darlehnskassen Gebrauch gemacht worden, und gerade diejenigen Gegenden, welche in Noth waren, machten den geringsten Gebrauch. Er habe den Herren ferner gesagt, daß die Bank jetzt ausreichend mit Geld ausgestattet sei, und hervorgehoben, daß diejenigen Geschäfte, welche früher die Darlehnskassen machten, auch von der Bank gemacht werden könnten. Die Bank sei auch bereits auf das Aeußerste entgegengekommen; das habe ihm der Bankpräsident zu verschiedenen Malen versichert. Er habe daher die Herren gebeten, erst diesen Versuch zu machen. Der Minister fährt dann fort: Es ist leider der Versuch gemacht worden, bei diesem Anlaß die Bereitwilligkeit der Regierung in Frage zu stellen. Ich meine, wenn ein Theil des Landes in Noth ist, da sollten alle Parteien sich die Hände reichen, und sehen, wie man helfen kann. (Bravo.) Schon im September v. J. ist die Regierung bereit gewesen, zu thun, was sie konnte, und die Regierung hat sich in ihren Maßregeln im vollen Einverständnisse mit der Volks-Vertretung gefunden. Seitdem hat sich in der Auffassung der Staats-Regierung nichts geändert. Wir sind der Meinung, daß die direkte Armenpflege nicht Sache der Staats-Regierung sei. Es sind überall Arbeitsstellen eröffnet worden, und es liegen Berichte der Behörden vor, wonach nicht überall so viel Arbeiter sich gezeigt haben, als Arbeit geschafft werden konnte. (Hört! Hört!) Wenn die Regierung darauf bedacht ist, mit allen Denen Hand in Hand zu gehen, die helfen wollen, da sollte man die Behörden nicht der Hartherzigkeit beschuldigen. Man muß die vielen Wohlthätigkeitsvereine gewähren lassen, und erst wenn diese nicht mehr ausreichen, dann wird ein weiteres Einschreiten nöthig sein. Ich habe aus dem Munde des Bankpräsidenten gehört, daß die Bank sich freuen würde helfen können. Man kann also nicht annehmen, daß schon jetzt die Nothwendigkeit einer Ausnahme-Maßregel dargethan sei, und in dieser Annahme liegt nicht der geringste Mangel an Bereitwilligkeit der Regierung. (Bravo.)

Abg. Schulze (Berlin): Information habe das Haus genug, und es könne jetzt ein Urtheil fällen, daß der Antrag im höchsten Grade nothwendig ist und dringend und an der Zeit sei. Daß es an Arbeitern gefehlt habe, sei kein Beweis dafür, daß es nicht nöthig sei, einzuschreiten. Die Berichte lagen vor, daß die Leute zu schwach seien zur Arbeit. Wie wolle man denn dem kleinen Handwerker durch Eisenbahnbauten helfen? Es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo der Staat eingreifen müsse, wo er diese Pflicht nicht mehr von sich weisen könne. Das Haus habe über außerordentlich große Summen zu anderen Zwecken verfügt, und diejenigen, welche dafür gestimmt hätten, seien hier mit engagirt. (Beifall.) — Handelsminister Graf Itzenplitz: Es liegt nicht in meiner Stellung, den Gewerbetreibenden irgend etwas zu verkümmern oder etwas zu entziehen. Ich halte es für meine Pflicht, auszusprechen, daß der Druck der auf dem Gewerbe lastet, sich keineswegs auf die Provinz Preußen allein erstreckt. Die Theuerung geht durch das ganze Land, sie geht noch bis in die Nachbarländer. Es lastet ein allgemeiner Druck auf der Gewerbsamkeit. Dieser Druck steht mit der Theuerung in Verbindung. Ich muß es konstatiren, daß der Druck, der auf dem Gewerbe lastet, ein allgemeiner ist. Will man also Hülfe leisten im Sinne des Antrages, so darf man es nicht für eine Provinz thun, sondern man muß es für den ganzen Staat thun und dazu würden die Kräfte des Staats nicht ausreichen. Der Antrag kann aber auch keine Folge haben; denn wer Darlehne haben will, muß doch etwas zu verpfänden haben. Wollen Sie nun dem armen Schuhmacher sein letztes Stück Leder abpfänden? Die Eisenbahnbauten helfen wohl; denn das Material, was zu diesen Arbeiten gebraucht wird, das müssen die Handwerker liefern. Ich kann also dem Antrage, dessen wohlmeinende Absicht ich nicht verkenne, nicht beitreten. — Regierungs-Kommissar Bankpräsident v. Dechand erklärt, daß die Bank bereit ist, soweit als irgend möglich zu helfen, in diesem wie in jedem andern Falle. Die Bank werde von der Bestimmung, wonach Fabrikate nicht beliehen werden sollen, abgehen, und sie sei auch bereit, von der Summe, in welcher stets beliehen werde, abzugehen. Es liege also keine Veranlassung zu dem Antrage vor.

Abg. v. Behr erklärt sich gegen den Antrag, einmal aus Sparsamkeitsrücksichten, weil der Nothstand allgemein herrsche, und im Interesse der Selbstverwaltung. — Abg. Dr. Löwe: Es handle sich hier um die Hebung des Wohlstandes durch Kapitalien, welche dem kleinen Handwerker dargeliehen werden sollen. Wer nichts mehr habe, der könne keinen Anspruch auf Kredit machen, das sei richtig; aber da eben sei der Punkt, wo die direkte Staatshülfe eintreten müsse. Erst müsse der Mann sich selbst helfen, dann müsse die Gemeinde, dann der Kreis helfen; und wenn beide nicht mehr helfen können, dann komme man mit der unvermeidlichen Logik dahin, daß der Staat eintreten müsse. Der Verarmung wolle man mit der mittelbaren, der Noth mit der unmittelbaren Staatshülfe entgegentreten. — Abg. Twesten stellt und rechtfertigt den Antrag: den Antrag des Abg. . Kosch an die Kommission zurückzuweisen, welche zur Vorberathung des v. Hennigschen Antrages gewählt werden soll. — Die Diskussion wird geschlossen und es erhält der Antragsteller Abg. Dr. Kosch das Wort. Derselbe führt aus, daß der Antrag von keiner politischen Parteistellung ausgehe und er vertraue, daß derselbe auch allgemeine Theilnahme erhalten werde. Er wolle keine Schilderung des Nothstandes machen, derselbe sei bekannt. Es sei eine eigene Logik, wenn der Handelsminister sage, weil man nicht Allen helfen könne, so könne man auch denen nicht helfen, welche in der größten Noth seien. Sein Antrag gehe dahin, daß den kleinen Gewerbtreibenden geholfen werden solle. Ob die Königl. Bank auch Darlehen zu 15 und 20 Rthlr. geben könne, sei ihm im höchsten Grade zweifelhaft. Die Annahme des Antrages würde eine große Beruhigung im Lande und eine moralische Befriedigung hervorrufen, die von großer Bedeutung sei. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Twesten angenommen, der Antrag Kosch somit an die Kommission zurückgewiesen. — Dahin werden auch 2 den Nothstand betreffende Petitionen gewiesen.

Es folgt der Bericht des Abg. v. Benda über den vom Herrenhause veränderten Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme der dänischen Schuld der Herzogthümer. Das Herrenhaus hat die Verpflichtung Lauenburgs an dieser Schuld beseitigt, die Finanzkommission des Abgeordnetenhauses hält an derselben fest und empfiehlt daher den Gesetzentwurf in der Gestalt, die das Herrenhaus ihm gegeben, abzulehnen. — Abg. Twesten hat einen Antrag gestellt, dahin gehend: den §. 1 des Gesetz-Entwurfes dahin zu fassen: Die nach den Artikeln 8 und 9 des Wiener Friedensvertrages vom 30. Oktober 1864 von den Elbherzogthümern an das Königreich Dänemark zu entrichtende Schuld von 21,750,000 Rthlr. wird als eine Schuld des preußischen Staates mit der Maßgabe anerkannt, daß das Herzogthum Lauenburg für den nach Artikel 8 und 9 des Wiener Friedens auf dasselbe fallenden Antheil an jener Schuld nach wie vor verhaftet bleibt. Die Regelung dieser Verpflichtung, sowie der Anspruch der preußischen Staatskasse auf einen Beitrag zur Verzinsung und Tilgung jener Schuld Seitens des Herzogthums Lauenburg, welcher dem Verhältnisse seiner Einwohnerzahl zur Einwohnerzahl der Herzogthümer Holstein und Schleswig entspricht, bleiben vorbehalten. — Mit diesem Antrage erklärt sich die Kommission und die Regierung einverstanden. Die frühere Fassung war sachlich dieselbe, nur formell eine andere. Antragsteller befürwortet kurz den Antrag. — Nach kurzen Auslassungen des Abg. Lasker und des Finanzministers wird das Amendement Twesten mit sehr großer Majorität angenommen. Die übrigen Paragraphen bleiben unverändert und es wird dann das ganze Gesetz angenommen. — Es folgt Nr. 4 der Tagesordnung. Erster Bericht der Kommission für das Justizwesen über Petitionen. Berichterstatter ist Abg. Müller (Solingen). Die Kommission beantragt, eine Petition des Kreisgerichtsraths Pfotenhauer der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Petent verlangt ein höheres Gehalt, als ihm wirklich gewährt wird. Er ist im Jahre 1864 im Disziplinarwege versetzt in ein anderes Amt von gleichem Range mit Verlust eines Anspruchs auf Umzugskosten. Das Gehalt blieb dasselbe, während Petent unter Hinweis auf den Justizetat des betreffenden Departements 200 Rthlr. mehr beanspruchte. Nach mehrmaliger Zurückweisung seines Gesuchs Seitens des Justizministerii erkennt jetzt der Vertreter der Regierung selbst in der Kommission an, daß den Ausführungen der Regierung Zweifel entgegenstehen und bei einer etwaigen Ueberweisung der Petition eine sorgfältige Erwägung eintreten werde. Der Referent führt aus, daß Petent mit seinem Anspruch sich im Rechte befinde. — Der Justizminister: Die Strafversetzung mag ihre Bedenken haben, aber sie ist eine zur Zeit ganz nothwendige Strafmaßregel. Der Minister geht auf diese Frage ausführlichst ein; sollte die Petition der Regierung überwiesen werden, so werde er sich mit der Frage nochmals beschäftigen. — Abg. Waldeck: In diesem speziellen Falle bleibt nichts Anderes übrig, als dem Petenten sein Recht zu gewähren, um so mehr, als man ihm schon mehrere Jahre dasselbe vorenthalten hat. — Die Diskussion wird geschlossen und darauf der Antrag der Kommission mit großer Majorität angenommen. — Ueber die Petition des Grafen Clemens Pinto, Majoratsbesitzers des Lehens Mettkau, welcher den Erlaß eines Allodifikations-Uebergangsgesetzes beantragt, des Inhalts, daß 1) jeder Lehnsbesitzer Allodialbesitzer des Lehnes wird, wenn er den durch landschaftliche Taxe der Provinz, in welcher das Lehen liegt, ermittelten Werth desselben in Pfandbriefen der Provinz bei der Lehnsbehörde deponirt; und daß 2) Nutzung und Succession des an Stelle des Lehens deponirten Kapitals in Pfandbriefen unverändert wie bei dem früheren Lehne bleiben, bis das in Aussicht stehende Allodifikationsgesetz Bestimmung darüber trifft; schlägt die Kommission (Berichter-

statter Abg. von Lingenthal) vor, zur Tagesordnung überzugehen. Das Haus tritt ohne Debatte diesem Antrage bei.

(Schluß folgt.)

Hamburg, 12. Februar. Die Bürgerschaft hat soeben in zweiter Berathung definitiv beschlossen, beim Senat den Erlaß einer Amnestie für politische und Preß-Vergehen laut Vorschlag des Advokaten Winterhoff zu beantragen.

Dresden, 12. Februar. In der zweiten Kammer wurde heute der Antrag auf definitive Aufhebung der Innungen abgelehnt. Seitens der Regierung erfolgte die Anzeige, daß der neue Bundesgesetzentwurf die Innungeu als gewerbliche „Korporationen" aufhebe.

Gotha, 11. Februar. Gestern hat der gemeinschaftliche Landtag das Postulat von 165,000 Thlr. genehmigt, welches dazu bestimmt ist, die Kosten für bauliche Herstellungen (Lazarethe, Kasernen, Schießplätze 2c.) und für die erste Einrichtung, Uniformirung und Armirung des zum 6. thüringischen Infanterie-Regiment gehörigen hiesigen Kontingents zu bestreiten. Von Seiten des gemeinschaftlichen Landtags schien man zu einem Abstriche bei dieser Forderung geneigt, da man dieselbe für zu hoch und dem „treuesten Bundesgenossen" gegenüber für zu rigoros erklärte, vom Ministertische aus wurde aber auf das Unpraktische und Erfolglose einer Abminderung aufmerksam gemacht, da ja die preußische Militärforderung auf die Bestimmungen der Regulative sich gründete, überdies aber prenßischerseits bereits dadurch ein Entgegenkommen manifestirt sei, daß die hiesigen Montirungs- und Ausrüstungsgegenstände in Zurechnung genommen worden wären. — Heute ist der gemeinschaftliche Landtag wieder vertagt worden, er hat vorher noch eine Modifikation der Strafprozeßordnung genehmigt, dahin gehend, daß künftig bei Schwurgerichtsverhandlungen in der Regel der Gerichtshof nur aus drei Richtern zusammengesetzt sein soll.

Mainz, 12. Februar. Die heutige General-Versammlung der Aktionäre der hessischen Ludwigsbahn hat entsprechend den Anträgen des Verwaltungsraths den Bau der rheinhessischen Bahnen, der Odenwaldbahn, der Worms-Bensheimer, den Bau der Riedbahn einstimmig beschlossen.

München, 12. Februar. Im zweiten Münchener Wahlkreise ist Kester von der „Mittelpartei" definitiv für das Zollparlament gewählt worden. Das bisherige Wahlresultat stellt sich wie folgt: 9 von der Fortschrittspartei, 5 von den gemäßigten Partikularisten und 6 Ultramontane.

Ausland.

Wien, 10. Februar. Es ist in den österreichischen Zeitungen jüngst fleißig kolportirt worden, daß der Reichskanzler nur einen Jahresgehalt von 8400 Fl. beziehe. Das möchte nun hingehen, wenn man aber in hiesigen offiziösen Zeitungen dies auszubeuten sucht, auf die Gehälter der preußischen Minister hinweist und die neueste Erhöhung derselben als formidable Verschwendung zu charakterisiren sucht, so ist doch wohl zur Belehrung Ihrer demokratischen Zeitungen, die jene Auffassung ebenfalls kolportiren, die Bemerkung am Orte, daß in dem Budget für 1868 der Reichskanzler allerdings nur mit einem Gehalte von 8400 Fl. figurirt, daß aber nach demselben Budget der Reichskanzler eine jährliche Funktionszulage von 33,600 Fl. bezieht; das macht zusammen 28,000 Thaler.

Wien, 12. Februar. In der heutigen Plenarsitzung des Budgetausschusses der Delegation des Reichsrathes wurde beschlossen, in den Bericht über das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten das Nachfolgende aufzunehmen: Oesterreich bedürfe zu seiner Konsolidirung und Erholung des Friedens. Das Rothbuch zeige, daß der gegenwärtige Leiter des auswärtigen Ministeriums dieses Bedürfniß anerkannt, und dasselbe ebenso umsichtig als würdig vertreten hat. — Der Kaiser hat dem vormaligen italienischen Residenten in Mexiko, Curtopassi, das Kommandeurkreuz des Leopoldordens verliehen.

Paris, 11. Februar. Im Theater von Ajaccio hat bei Aufführung der „Puritaner" vor Kurzem eine leidenschaftliche Demonstration stattgefunden. Diese Kundgebung wurde in den Tuilerien sehr übel vermerkt, und ward, wie man dem „Bund" aus Paris schreibt, im Ministerrathe lebhaft besprochen. Man weiß dort schon seit Längerem, daß es auf der ehemals so getreu bonapartistisch gesinnten Insel nicht mehr aussieht, wie ehedem, und daß die italienische National- und Freiheitspartei sehr viele und sehr leidenschaftliche Anhänger unter den Korsikanern zählt. Das konnte Benedetti erfahren, als er vor einigen Monaten in seiner Heimath erschien, um sich in den Generalrath wählen zu lassen, und eine Stimmung vorfand, die ihn bewog, sofort seine Kandidatur fallen zu lassen. Die Zeichen der Mißbilligung, welche gegen das Absingen des Freiheitsrefrains im Theater laut wurden, kamen aus der Loge des Präfekten, und die feurige Apostrophe Corti's galt den in der Loge anwesenden Familienmitgliedern dieses ersten Beamten der Insel und dem bei ihnen befindlichen General-Sekretair der Präfektur. Mit diesem hatte auch Corti am folgenden Tage einen erbitterten Zweikampf auszufechten. Der Präfekt, welcher nur eine geringe Garnison zur Verfügung hat, wagte nicht zu verhindern, daß nach dem Demonstrations-Abende „Die Puritaner" noch zwei Mal aufgeführt und der revolutionäre Refrain: „Suona la tromba intrepida gridando libertà" beide Male vom Hause mitgesungen wurde. Es waren, schreibt der Berichterstatter, Revolutions-Scenen, wie sie zur Zeit der österreichischen Herrschaft in lombardischen Städten vorkamen.

Paris, 12. Februar. Der heutige „Abendmoniteur" sagt in seiner Wochenrundschau bezüglich der Aufhebung des französisch-mecklenburgischen Handelsvertrages: Die Regierung war gehalten, Alles zu vermeiden, was die normale und regelmäßige Entwickelung des Zollvereins oder dessen Beziehungen zu Oesterreich hemmen konnte. Dank dem versöhnlichen Geiste von welchem den Kabineten von Wien und Berlin zu gemeinsamer Genugthuung der Beweis gegeben ist, wird der zwischen Oesterreich und dem Zollverein vorbereitete Handelsvertrag in kürzester Frist unterzeichnet werden können. — In der vergangenen Nacht ist die Druckerei von Abbé Mique abgebrannt. Der verursachte Schaden wird auf 6 Millionen Frcs. geschätzt. — Der gesetzgebende Körper hat ein Amendement angenommen, welches dahin geht, daß die Entziehung der bürgerlichen Rechte nur im Rückfalle zulässig sein soll.

Paris, 12. Februar. Im gesetzgebenden Körper erfolgte heute die Annahme des Ausschuß-Amendements, welches den vorgeschlagenen fünfjährigen Verlust des Wahlrechts bei Verurtheilung wegen Preßvergehens erst im Rückfalle eintreten lassen will. An der Debatte über Artikel 13, welcher bei wiederholten Preßvergehen die Suspendirung eines Journals dem Ermessen des Gerichtshofes anheimstellt, und bei Preßverbrechen die Unterdrückung des Blattes fordert, betheiligten sich Gueroult, Latour-Dumoulin, Picard, der Minister Pinard und André. Der Artikel wurde mit 205 gegen 33 Stimmen angenommen.

Marseille, 12. Februar. Aus Athen vom 6. Februar sind folgende Nachrichten hier eingegangen: Der griechische Dampfer „Kreta" wurde auf einer Fahrt mit Munition und Proviant nach Kandia von zwei türkischen Schiffen verfolgt. Er brachte jedoch seine Ladung an Land und kehrte dann nach Syra zurück. Der englische Gesandte wird einen Ball geben, dem auch der König und die Königin beiwohnen werden.

Florenz, 11. Februar. Es verlautet, daß Graf Passerano zum Präfekten von Turin ernannt worden ist. — Laut Bericht des Budget-Comité's hat der Finanz-Minister seine Forderung von 649,040,264 auf 736,228,344 Lire gesteigert, anführend, daß diese Differenz den mit der Liquidation der Kirchengüter verbundenen Ausgaben zuzuschreiben sei. Das Budget-Comité schlägt für die Verwaltungs-Ausgaben eine Reduktion von 1,107,818 Lire, dagegen einen Zuwachs von 1,250,000 Lire zur Vervollständigung der Cirkulation von Schatzbons vor. Der Werth der noch disponibel gebliebenen Kirchengüter wird auf 1027 Millionen abgeschätzt. Das Comité schlägt die Einrichtung einer ländlichen Kreditanstalt vor, die auf dem Prinzipe der Gegenseitigkeit begründet sein sollte, ebenso die Abschaffung der Civilpensionen und deren Ersatz im Wege der Privat-Versicherungs-Banken.

Florenz, 12. Februar. Die Deputation der Deputirtenkammer ist nach Turin und Mailand abgereist, um den Kronprinzen Humbert und die Prinzessin Margaretha zu ihrer Verlobung zu beglückwünschen. — In der heutigen Kammersitzung wurde die Berathung der Regierungsvorlagen, betreffend die Hafenbauten, fortgesetzt. Die Kommission hielt die von ihr vorgeschlagenen Modifikationen aufrecht. Marquis Pepoli sprach gegen Bewilligung außerordentlicher Ausgaben zu dem gedachten Zwecke. Der Marineminister vertheidigte den Artikel 1 der Vorlage, betreffend die Hafenbauten in Catania. Darauf wurde die Debatte auf Montag vertagt.

— Deputirtenkammer. Bei der Berathung des Kriegsbudgets beantragte Mellana auf große Rüstungen zu verzichten, indem er eine Herabminderung des Budgets von 162 auf 142 Millionen verlangt. Der Antrag wird verworfen.

London, 10. Februar. Lord Derbys Befinden ist derart, daß er bei Eröffnung des Parlaments wahrscheinlich nicht zugegen sein wird. — Wie es heißt, soll demnächst in Schottland eine katholische Hierarchie eingerichtet werden. Bischof Lynch, der gegenwärtig seinen Sitz in Carstairs hat, soll Erzbischof werden und vielleicht demnächst den Kardinalshut erhalten und ein Oxforder Konvertit, ein Hr. Parkinson, soll zum Bischof von Glasgow bestimmt sein.

London, 12. Februar. „Globe" erklärt die Gerüchte von einem beabsichtigten Rücktritt des Grafen Derby für durchaus unbegründet. „Standard" meldet in einer Korrespondenz aus Washington vom 31. v. M. aus angeblich zuverlässiger Quelle, Präsident Johnson habe beschlossen, folgendes Ultimatum an die englische Regierung zu richten: Entweder Eröffnung von Verhandlungen über die Alabama-Angelegenheit auf Grundlage des vom Staatssekretär Seward vorgeschlagenen Schiedsgerichts oder Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Kopenhagen, 12. Februar. Der hiesige preußische Gesandte überreichte dem Könige heute seine Akkreditive, durch welche derselbe gleichzeitig als Gesandter des norddeutschen Bundes beglaubigt wird.

Pommern.

Stettin, 12. Februar. Das Verdienst, welches George Sand um die Salonliteratur dadurch sich erworben, daß sie dieselbe den Ideen der aufstrebenden Zeit Ausdruck geben läßt, führte Hrn. Prof. Prutz im Eingange seines gestrigen Vortrages zu der Frage nach der Stellung der Frauen im geistigen Leben unserer Zeit sowohl als der Völker überhaupt. Zwar erheben sich Kritiker, welche verurtheilen, daß unsere jetzige Unterhaltungsliteratur zum großen Theile in den Händen der Frauen ist; aber Redner wies nach, wie gerade das Christenthum sowohl höhere Achtung vor denselben eingeflößt als auch die Theilnahme an geistiger Thätigkeit in ihnen wachgerufen habe. Im Morgenlande, ja bei den Griechen zur Zeit der höchsten Blüthe sind sie ausgeschlossen von geistigem Leben; das Mittelalter hebt sie einerseits empor in den Liedern der Minnesänger, wie auf religiösem Gebiete, andererseits zeigt es uns die Frau der Wirklichkeit dem Vorurtheil und der Unterdrückung unterworfen. Erst die Reformation verbessert die Stellung der Frau, namentlich durch Einrichtung von Töchterschulen und die Aufhebung des Cölibats, und von da ab finden wir eine ganze Reihenfolge ausgezeichneter weiblicher Persönlichkeiten, welche in geistiger Thätigkeit Entschädigung suchen für gesellschaftliche Unbill. Redner erinnerte an Göthe's und Schiller's Umgang mit gebildeten Frauen, an Klopstocks Meta und an den im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts in Berlin um Moses Mendelssohn sich schließenden Kreis, Henriette Mendelssohn, Henriette Hertz u. A. Friederike Rahel Lewin, Gemahlin Varnhagens von Ense, Bettina Brentano gehören hierher, Letztere in ihrem „Briefwechsel Göthe's mit einem Kinde" der zu Grabe gehenden Romantik Ausdruck verleihend, die noch einmal nachzittert in Charlotte Stieglitz, die von Heinschem Weltschmerz und Lebensüberdruß erfaßt durch ihren freiwilligen Tod denkwürdig ist. — So kommen wir zu Mad. Dudevant, geb. Aurora Dupin, der schwer verkannten, aber als la bonne châtelaine de Nochant hoch geehrten französischen Schriftstellerin. Ihre ersten Werke, deren revolutionärer Geist epochemachend war, könnte nur richtig beurtheilt werden aus der Betrachtung der Stellung der Frau in Frankreich: sie ist Herrscherin des Salons und Nichts weiter. Erfüllt von dem Jammer über diese Wirklichkeit schreibt sie gegen die Ehe, aber nicht absolut, sondern gegen die Ehe wie sie ist. Hat sie hierin auch nicht immer das Maaß eingehalten, „der Kern der Sandschen Dichtung ist ein durchans reiner und sittlicher." Seit dem Jahre 1838 richtet sie ihr Augenmerk auf die Wunden und Leiden der Menschen überhaupt; nicht die leidende Frau allein spiegelt sich nun in ihren Schriften, sondern sie werden zum Bilde gesammten modernen Lebens. Und ihre Schreibweise findet auch in Deutschland Anklang, wenngleich mit Modifikationen. Die Gräfin Hahn-Hahn kann sich in ihren Romanen („Aus der Gesellschaft; der Rechte") von einigen Vorurtheilen nicht losmachen, sie läßt den Salonton das Revolutionäre überwiegen und verklärt jetzt die Dogmen der katholischen Kirche poetisch; Luise Mühlbach wird zur Lieferantin einiger Romane jährlich; aber Fanny Lewald, „die reichbegabteste der jetzigen lirerarischen Frauen in Deutschland", läßt Reflexionen und nüchternen Verstand kräftig wirken in der Schilderung socialer Zustände, im Kulturroman. Julie Burow endlich und Ottilie Wildermuth, die geist- und gemüthvolle Schwäbin, wirken vermittelnd, ähnlich wie Geibel. — Den wahren Gegensatz jedoch zur politischen Dichtung bildet die Dorfgeschichte, welche auf dem Boden der Wirklichkeit stehend zugleich Geschichte ist. Ihre Entwickelung wird der nächste Vortrag uns darlegen.

Stettin, 13. Februar. In der vorletzten Nacht ist die Wall- sowie ein Theil der Kirchenstraße von dem Hochwasser überschwemmt worden. Es sind bereits umfassende Anstalten getroffen, den dadurch herbeigeführten Nachtheilen wirksam zu begegnen.

— Der Oberst und Kommandeur des 1. pommerschen Ulanen-Regiments Nr. 4, v. Schmidt, hat sich mit mehreren Offizieren dieses Regiments nach Berlin gegeben, um dem Regiments-Chef, Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Georg, die Gratulation zu Höchstseinem heutigen Geburtstage darzubringen. — Ebenso hat sich der General-Lieutenant und Kommandeur der 3. Division, Herr v. Werder gestern mit Urlaub von hier nach Berlin begeben.

— Der Regierungs-Assessor Wartenberg ist von der hiesigen an die Königliche Regierung in Gumbinnen versetzt.

Der in der Gießereistraße Nr. 47 zu Grabow a. O. wohnhafte Arbeiter F. Plückert befand sich gestern Mittag, muthmaßlich in Folge eines gegen ihn wegen grober Mißhandlung eines Frauenzimmers eingeleiteten Untersuchung, von der er am Vormittage durch eine gerichtliche Vorladung Kenntniß erhalten hatte, in einem solchen Zustande der Wuth und Aufregung, daß er nicht nur in seiner Wohnung sämmtliche Gegenstände mit einer Axt zertrümmerte, sondern auch durch Thüreneinschlagen 2c. sonstige grobe Beschädigungen im Hause anrichtete und die Sicherheit anderer Mitbewohner des Hauses gefährdete. Es gelang erst den hinzugerufenen Polizeibeamten in Gemeinschaft mit einigen anderen Männern, den Wüthenden unter heftigem Widerstande zu binden und ihn durch seine Verhaftung unschädlich zu machen.

— Der Arbeiter August Ellmann von Neu-Torney stahl gestern Abend von einem in der gr. Wollweberstraße haltenden Wagen zwei gefüllte Sitzsäcke, wurde dabei indessen ergriffen und verhaftet. — Ebenso erfolgte die Verhaftung des Arbeiters Martin Kersten, der einen Knaben auf öffentlicher Straße mißhandelte.

— Gegen ein Frauenzimmer, welches auf Grund eines ärztlichen Attestes für einen angeblich erkrankten, außerhalb der Stadt wohnhaften Schlossergesellen in den Häusern bettelt, liegt der dringende Verdacht vor, die sich ihr darbietende Gelegenheit auch zur Verübung von Diebstählen zu benutzen und wird es sich deshalb empfehlen, auf dieselbe ein wachsames Auge zu haben.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 12. Februar, Vormittags. Angekommene Schiffe: Marie Elise, Wallis, von Newcastle, Olga, Jeß, von Granton, löscht in Swinemünde. Wind: N., Sturm. Strom eingehend. Revier $15\frac{1}{4}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. Februar. Witterung: schön. Temperatur + 3 °R. Barometer 28" 1'''. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 100 bis 105 Rℓ, bunter poln. 98—103 Rℓ, weißer 105—108 Rℓ, ungar. 93—98 Rℓ, 83—85pfd. gelber Februar 102 Rℓ nom., Frühjahr 102, $102\frac{1}{4}$ Rℓ bez., Br. u. Gd.

Roggen fester, loco pr. 2000 Pfd. nach Qualität 78—80 Rℓ, Februar-März 80 Rℓ Br., Frühjahr 80, $80\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rℓ bez., $\frac{1}{4}$ Rℓ Br. u. Gd., Mai-Juni 80 Rℓ bez., Juni-Juli 78 Rℓ Br., Juli-August $72\frac{1}{2}$ Rℓ Br. u. Gd.

Gerste behauptet, loco pr. 1750 Pfd. $52\frac{1}{2}$—55 Rℓ, Frühjahr schles. $55\frac{1}{2}$ Rℓ Br., 69—70pfd. 56 Rℓ bez.

Hafer stille, loco per 1300 Pfd. $37\frac{1}{2}$—39 Rℓ, 47—50pfd. Frühj. $39\frac{3}{4}$ Rℓ Br.

Erbsen unverändert, loco per 2250 Pfd. $68\frac{1}{2}$—$71\frac{1}{2}$ Rℓ, Frühjahr Futter- 72 Rℓ Br., $71\frac{1}{2}$ Rℓ bez.

Mais ungarischer per Ctr. $2\frac{4}{5}$, $2\frac{5}{6}$ Rℓ bez.

Rappkuchen loco hiesige $2\frac{1}{4}$ Rℓ bez.

Rüböl fester, loco $10\frac{1}{6}$ Rℓ bez., $10\frac{1}{3}$ Br., Februar $10\frac{1}{12}$ Rℓ bez., April-Mai $10\frac{5}{12}$, $\frac{3}{8}$, $\frac{1}{3}$ Rℓ bez., Br. u. Gd., September-Oktober $10\frac{7}{12}$ Rℓ bez., Br. u. Gd.

Spiritus fester, loco ohne Faß $20\frac{1}{8}$ Rℓ bez., mit Faß $19\frac{7}{8}$ Rℓ bez., Februar-März $19\frac{5}{6}$ Rℓ Gd., Frühjahr $20\frac{1}{4}$ Rℓ Gd., Mai-Juni $20\frac{1}{2}$ Rℓ bez.

Petroleum loco $6\frac{3}{4}$ Rℓ bez., Februar $6\frac{1}{2}$ Rℓ bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 102, Roggen 80, Rüböl $10\frac{1}{12}$, Spiritus $19\frac{5}{8}$.

Berlin, 13. Februar, 2 Uhr 5 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $83\frac{3}{4}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $95\frac{1}{2}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93 bez. Oesterr Nat.-Anleihe $57\frac{1}{4}$ bez. Pomm. Pfandbriefe $85\frac{7}{8}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $183\frac{3}{4}$ bez. Wien 2 Mt. $86\frac{3}{8}$ bez. London 3 Mt. 6. $24\frac{3}{8}$ bez. Paris 2 Mt. $81\frac{1}{3}$ bez. Hamburg 2 Mt. $151\frac{1}{8}$ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 75 bez. Oesterr. Banknoten $77\frac{3}{16}$ bez. Russische Banknoten $84\frac{7}{8}$ bez. Amerikaner 6 % $76\frac{1}{2}$ bez.

Weizen pr. Apri-Mai $93\frac{1}{2}$ Br., $93\frac{1}{2}$ bez. Roggen pr. Februar-März $79\frac{1}{2}$ bez., $\frac{1}{4}$ Gd., April-Mai $80\frac{1}{2}$, 80 bez., Mai-Juni $80\frac{1}{4}$, 80 bez. Rüböl loco $10\frac{1}{6}$ Br., Februar-März $10\frac{1}{8}$ Br., April-Mai $10\frac{1}{4}$, $\frac{7}{24}$ bez. Spiritus loco $19\frac{2}{3}$ bez., Februar-März $19\frac{17}{24}$, $\frac{3}{4}$ bez., April-Mai 20, $20\frac{1}{12}$ bez., Mai-Juni $20\frac{1}{3}$ Br., $\frac{7}{24}$ bez.

Breslau, 12. Februar. Spiritus per 8000 Tralles $18\frac{5}{6}$. Weizen per Februar 97. Roggen per Februar $76\frac{1}{2}$, pr. Frühjahr 77. Rüböl pr. Februar $9\frac{3}{4}$, pr. Frühjahr $9\frac{3}{4}$. Raps pr. Februar $88\frac{1}{2}$. Zink unverändert.

Hamburg, 12. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco sehr fest, auf Termine geschäftslos. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 177 Bankothaler Br., 176 Gd., per Februar-März 177 Br., 176 Gd., per Frühjahr 177 Br., 176 Gd. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 141 Br., 140 Gd., per Februar-März 140 Br., 139 Gd., pr. Frühjahr 139 Br. u. Gd. Hafer stille. Rüböl stille, loco $22\frac{1}{8}$, per Mai $22\frac{3}{4}$, per Oktober $23\frac{3}{8}$. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee abwartend, weil Rioberichte noch fehlen. Zink ohne Kauflust.

Amsterdam, 12. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Loco-Roggen behauptet, pr. März $314\frac{1}{2}$, pr. Mai 320, pr. Juni 312, per Juli 304, weichend. Raps pr. Oktober $68\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Mai $35\frac{1}{4}$, pr. November-Dezember 37.

London, 12. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen zu vollen Preisen gehandelt, in fremden, theilweise durch Zurückhaltung der Inhaber, sehr beschränktes Geschäft. — Schönes Wetter.